

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postkarte oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Montag, den 4. Februar 1918.

25. Jahrg.

Ein Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieges.

Von Richard Gädte.

Das erste Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieges ist am 31. Januar zu Ende gegangen. Wenn der Monat Januar — wie es bisher den Anschein hatte — reichlich die gleiche Ernte versenkter feindlicher und neutraler Handelsschiffe bringen wird wie der letzte Monat des Jahres 1917, so wird die Jahresbeute gegen 9% Millionen zerstörter Frachtschiffsräume betragen. Diese Einbuße ist durch Neubauten auch nicht annähernd ausgeglichen worden. Im englischen Unterhause wurde ohne Widerspruch behauptet, daß die deutschen Unterseeboote in den vier Monaten September bis Dezember 1917 nahezu ebensoviel Schiffsraum versenkt hätten, als während des gesamten Jahres gebaut worden sei. Diese Monate haben aber bekanntlich durchschnittlich weit weniger Beute gebracht als die sieben Monate von Februar bis einschließlich August. Der Marine-Sachverständige des „Daily Telegraph“ berechnet die Neubauten Englands von Januar bis Oktober 1917 nur auf höchstens 1 200 000 Tonnen; dazu wären dann noch die der Neutralen und der übrigen Biverbandsstaaten, sowie der von ersteren erprobte Frachtschiffraum, der unseren Gegnern zur Verfügung steht, ein außerordentlich hoher, ohne daß er sich mit genauen Ziffern belegen ließe. Die Absicht der Vereinten Staaten, diesen Mangel durch riesenhafte Ausdehnung ihres eigenen Schiffbaues zu heben, ist eingetandenermaßen ein vollkommener Fehlschlag geworden; ihnen fehlten die Werkstoffe, die ausgebildeten Arbeiter, die Rüststoffe und auch die Bemannung für die Schiffe. Die Frage der Bemannung wird auch für England immer brennender; in immer steigendem Maße müssen dort farbige als Matrosen eingestellt werden.

Indessen die Zahlen allein sprechen kein entscheidendes und überzeugendes Wort. Es kommt vielmehr darauf an, welche Wirkungen die unersetzbar große Einbuße unserer Gegner an Schiffsraum auf ihre Kriegführung, ihr Wirtschaftsleben und ihre Nahrungsvorsorgung ausgeübt hat, inwieweit dadurch ihre Widerstandskraft geschwächt und das Ende des Krieges näher gerückt worden ist.

Daß unser Unterseeboottkrieg auf den Landkrieg Einfluß habe, wird von unseren Gegnern zwar bestritten; ihnen gegenüber steht aber die wiederholte Versicherung unserer Heerführer, daß sie allerdings wesentliche Erleichterungen vor der Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht nur erwartet, sondern auch bereits gespürt hätten. Sie sehen in ihm eine wichtige Hilfswaffe für die Erzwingung der großen Waffenentscheidungen, die dieses Frühjahr uns voraussichtlich noch bringen wird.

Fun ist die Kriegführung Englands zweifellos vom Seeverkehr in hohem Maße abhängig. Die Versorgung seiner Heere in Mesopotamien, Palästina, Mazedonien kann nur zu Wasser sichergestellt werden. Wir sehen aber unsere U-Boote gerade im Mittelmeer in besonders eifriger und erfolgreicher Arbeit. Bereits hat England sich entschlossen, die meisten Sendungen an Erntegüter, Kriegsgüter, Schießbedarf und Verpflegung nicht mehr auf dem nahen und bequemen Wege durch das Mittelmeer, sondern auf dem ungeheuren Umwege über Kanada, den Stillen und den Indischen Ozean gehen zu lassen. Aber auch im Mittelmeer selbst fahren die Handelsschiffe schon längst, wie einst im Altertum nicht mehr die geraden Fahrstraßen, sondern unter dem unmittelbaren Schutz der Küsten und verschieblichen dadurch die Dauer des Transportes. Trotzdem werden zahlreiche Schiffe dauernd von unseren U-Booten versenkt. Daß dies einen verzögernden Einfluß auf den Gang des Krieges ausüben muß, ist ohne weiteres klar. So sehen wir denn auch die Salonikararmee seit Jahresfrist an die Stelle gebannt, mit kurzen Ausnahmen ist die Kriegführung dort vollkommen eingestillt. Das gleiche gilt auch von Mesopotamien; doch mögen hier noch andere Umstände auf den Stillstand des englischen Heeres von Einfluß sein. Aber selbst in Palästina, wo die Verhältnisse noch am günstigsten liegen, vollzieht sich der Vormarsch der Engländer nur rückwärts, in großen Zeitpausen, woran sicherlich die große Schwierigkeit des Nachschubes die Schuld trägt. Inzwischen naht die heiße Jahreszeit, die alle Bewegungen lähmt.

Nicht ganz so deutlich mag die Einwirkung des U-Boot-Krieges auf den Gang der Dinge an der Westfront vor unseren Augen liegen. Es handelt sich hier um sehr kurze Ueberfahrten zwischen den nahen Küsten von England und Frankreich. Das enge Fahrwasser ist besonders gut durch Minen und Netze, durch Bewachungsfahrzeuge, Torpedoboote und Kreuzer gesichert. Völlig unterbinden wird sich also dieser Verkehr nicht lassen. Aber aus den Mitteilungen des Admiralstabes erkennen wir, daß in den letzten Monaten unsere U-Boote auch in diesem Fahrwasser eine sehr rege und erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt haben. Auch hier wurden viele Schiffe mit Kriegsbedürfnissen auf den Grund der See geschickt. Die deutsche Heeresleitung beschämt denn auch ausdrücklich, daß sie in den letzten Flandernschlachten bei Cambrai eine Abnahme der Dauer des feindlichen Geschützfeuers wahrgenommen habe. Die frühere Ueberlegenheit der weit überlegenen feindlichen Artillerie ist ganz erheblich herabgesetzt worden. Bei Cambrai verzichteten die Engländer völlig auf ihr bisheriges tage- und wochenlanges

anhaltendes Trommelfeuer und beschränkten sich auf einen Wirbel weniger Stunden. Wir besitzen aber auch Zahlenangaben, die uns die Behinderung des Landkrieges durch den Unterseeboottkrieg erläutern können. Im verflohenen Jahre sind 27 feindliche Truppentransporte und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden. Unter letzteren befanden sich 97 mit Munition vollbeladene Dampfer. Ihr Inhalt hat genügt, 50 Divisionen zu 15 000 Mann mit Gewehr- und Geschützmunition für einen Monat zu versehen. Daß hier eine feste Sorge für die englische Heeresleitung liegt, ist nicht zu verkennen. In zugespitzter Lage mag es wohl eine für die Entscheidung merkwürdige Bedeutung gewinnen können. Die englische Zeitschrift „Nation“ vom 5. Januar kommt sogar zu der Schlussfolgerung, daß der U-Boot-Krieg nicht nur ein bestimmender, sondern überhaupt der alleinige Faktor der ganzen militärischen Lage sei. Wir dürfen nie vergessen, daß neben dem unmittelbaren Verlust wertvoller Ladung, die Verzögerung der anderen eine wirksame Bedeutung besitzt. Dazu kommt, daß die verringerte Zahl zur Verfügung stehender Schiffe von Monat zu Monat den Bedürfnissen immer weniger genügt. Nicht nur sein Inhalt, sondern das Schiff selbst geht durch seine Versenkung der Kriegführung dauernd verloren. Ersetzt werden könnte es nur aus dem der Nahrungsvorsorgung des Landes dienenden Schiffsraum.

Aber dieser verringert sich selbst unaufhörlich und genügt kaum mehr, die Ernährung der Bevölkerung unter Entbehrungen noch gerade zu sichern. In besonders schlimmer Lage ist Italien; seine Kohlenversorgung und damit seine Rüstungsindustrie ist in schwerster Bedrängnis. Es fehlt tatsächlich bereits an dem Notwendigsten. Die amtlichen Berichte unseres Admiralstabes hoben in den letzten Monaten die Versenkung von 10 Millionen Zentner Kohlen gemeldet, die wirkliche Zahl wird ein Mehrfaches davon betragen, da nur in seltenen Fällen die Ladung sich einwandfrei feststellen läßt. Auch Frankreich ist auf Zufuhren von Rohle angewiesen; ihr Mangel muß seine kriegerische Rüstung — von den Leiden der Bevölkerung ganz abgesehen — beeinträchtigen. Schlimmer noch ist, daß es Italien an dem notwendigsten Brotkorn mangelt, und daß in den ärmeren

Provinzen die Entbehrungen der Hungersnot bereits bedenklich nahekommen. Frankreich kann nur noch die Hälfte seines Brotkorns auf dem eigenen Boden erzeugen, während der Frachtraum für die andere Hälfte nur teilweise noch vorhanden ist oder von England zur Verfügung gestellt werden kann. Denn es fehlt diesem bereits selbst an der erforderlichen Zahl von Schiffen. Die Weizenvorräte häufen sich in Australien auf und verfaulen dort, der Reis kann aus Indien nicht mehr herangeschafft werden. Alle englischen Zeitungen stellen mit besorgten Worten den wachsenden Mangel im Lande fest, zu dem Brotmangel tritt nun in erschreckendem Maße der Fleischmangel. Ob in England die Zwangsrationierung durchführbar ist und der Not abhelfen wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Denn rationieren kann man schließlich nur etwas, was im Lande ist, aber nicht, was auf der See schwimmt und täglich und stündlich vom Feinde vernichtet werden kann.

Daß auch in Frankreich und England die Entbehrung für weite Bevölkerungsschichten, sogar die ungenügende Nahrungsvorsorgung ihren Eingang gehalten hat, und daß infolgedessen die Kriegsmüdigkeit wächst, ist über alle Zweifel erhaben. Ob der Mangel bereits das Ende des Krieges in absehbarer Zeit erzwingen kann, wissen wir freilich nicht. Das hängt in hohem Maße von den noch im Lande vorhandenen Vorräten ab und von denen, die trotz unserer U-Boote noch hineinkommen können. Darüber werden kaum Vermutungen möglich sein. Die große Frage ist, ob England und Frankreich bis zur nächsten Ernte aushalten, ob sie die letzten Monate Mai, Juni, Juli überstehen können. Glück ihnen das, so ermöglicht ihnen die eigene Ernte wieder das Dasein auf Monate hinaus, wahrscheinlich bis über das Ende des Jahres 1918 hinüber. Immer aber müssen wir festhalten, daß die Stimmungsbilder der englischen Zeitungen und Zeitschriften durchweg in Grau schillern. So nennt die „Times“ am 14. Dezember 1917 die Drohung des U-Bootes „die wichtigste Lebensfrage“, und die „Daily News“ vom gleichen Tage erklären, daß das Schicksal des Biverbandes von dem Schiffbauergebnis Englands in den nächsten zwölf Monaten abhängen wird. In dieser Beziehung sind aber bisher die Aussichten nicht sehr tröstlich für unsere Gegner.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Den Gegenstand der Verhandlungen bildete in der Plenarsitzung am Freitag, an der auch die wieder eingetroffene Vertretung der ukrainischen Rada teilnahm, die ukrainische Frage. Es kam zu scharfen Zusammenstößen zwischen Trotski und dem Vertreter der ukrainischen Rada. Nach der langen Auseinandersetzung, über die wir morgen berichten werden, erklärte Graf Czernin im Namen der Mittelmächte:

„Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. 1. 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als selbständiger Delegation und als bevollmächtigt Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.“

Trotski nahm diese Erklärung zur Notiz und beharrte auf seinem Standpunkt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen, wie der Bericht besagt.

Wie sich nun die Sache weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. So viel muß gesagt werden, daß die Friedenshoffnungen wieder hart im Sinken sind.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

WIS. Großes Hauptquartier, 3. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Southwester-Wald und der Eys zu heftigsten Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuerartillerie zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Am Dije-Nisne-Kanal liegen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Fünfs der Willeit im Abschnitt von Reims, auf den Haasböden und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erlandungen an dem Oiseufer der Maas und nördlich von Badonviller einige Franzosen zurück.

Italienische Front.

Lebhafter Feuerkampf auf den Höhen der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

WIS. Berlin, 3. Februar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 2. Februar. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta blies die Artillerietätigkeit lebhaft.

Wien, 3. Februar. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hielt die lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Frankreich und Belgien.

Die Opfer des Luftangriffes auf Paris

wurden jetzt auf 45 Tote und 207 Verwundete beziffert.

Rußland.

Die Revolution in Finnland.

Ein Bericht der „Berlinsche Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß die Stadt nun vollständig in den Händen des Arbeiterrates sei. Der Senatspräsident Soininsofud forderte in einem Aufruf die Bürger auf, die geistliche Regierung und die Truppen des Landtages auf die Macht-Partei zu unterstützen, die die Freiheit Finnlands bedroht. Die Bank von Finnland sowie die Privatbanken sind geschlossen. Die neue revolutionäre Regierung befindet sich bereits in schwieriger Lage. Sie scheint sich jetzt darüber klar zu sein, denn sie machte unter der Hand den bürgerlichen Parteien den Vorschlag zu einem Ausgleich, wonach den bürgerlichen Parteien eine gewisse Anzahl Sitze in der Regierung eingeräumt sind.

(Meldung des Svenska Telegrammbüros.) Nachdem der Landtag und die rechtmäßige Regierung von den Revolutionären verhindert wurde, zu funktionieren, erklärte der Zentralverband der Beamten die Absicht, mit Genehmigung des Präsidenten Soininsofud jede kulturelle Arbeit bis zur Wiederherstellung der Regierung niederzulegen. Für Eisenbahnbeamte werden besondere Vorschriften erlassen. Ärzte und Krankenpfleger sollten nach eigener Prüfung handeln. Allein die Lebensmittelverwaltung darf, wenn möglich, ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Zensur wird verschärft. Die Weiße Garde nahm die S. ... Iyväskylä und Raastehne.

unter den jetzigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Die Regierung habe die Kraft und den Willen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Regierung erlaube die Sozialdemokratische Partei, sie zu unterstützen.

Diese Erklärung ist leider nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Als recht unglücklich müssen wir es bezeichnen, daß die Regierung Agenten des Auslandes für den Streik verantwortlich macht. Hat sie denn wirklich nicht die wahren Ursachen der Bewegung erkannt?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Ausstand geht auch in Berlin seinem Ende entgegen. Man braucht den Zeitungsleser, die die Arbeiterbewegung kennen, gar nicht erst zu versichern, daß er auch hier schon zu einem Ende gekommen wäre, wenn die Regierung eine andere Haltung eingenommen hätte. Wie wir uns am Sonnabend und Sonntag durch enge Fühlungsnahme mit den Ausständigen unterrichten konnten, ist mit der Wiederaufnahme der Arbeit während der ersten Tage dieser Woche zu rechnen. Schon am Sonnabend sollen etwa 20 Prozent der Streikenden zur Arbeit zurückgekehrt sein. In zahlreichen am Sonnabend abgehaltenen Versammlungen sind mit ganz geringen Ausnahmen gerade die Verträuensmänner für die Beendigung des Ausstandes eingetreten. Auch Abgeordnete der Unabhängigen haben sich bemüht, die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Wo aus den Reihen der Streikenden für das Beharren im Ausstand plädiert worden ist, ist dies geschehen unter dem Hinweis auf das Verhalten der Regierung und des Generalkommandos der Marken. Auch die Schließung weiterer Arbeiter-Institutionen wie des Charlottenburger Volkshauses ist der Verbreitung einer verächtlichen Stimmung so schädlich wie nur irgend möglich.

Der Streik im Magdeburger Bezirk ist nach drei Tagen beendet. Die angeordnete Militärisierung der Rüstungsindustrie ist zurückgenommen.

Die Breslauer Streikenden beschlossen nach eintägigem Ausstand die Wiederaufnahme der Arbeit.

Da in einigen Bezirken des 11. Armeekorps, so insbesondere in Gotha und einigen anderen Thüringischen Städten, die Arbeit noch nicht aufgenommen wurde, hat der Kommandierende General eine Verfügung erlassen, daß alle am Streik beteiligten Wehrpflichtigen einschließlich der Beurlaubten und Reservierten, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in das Heer eingestuft werden.

In Jena hat ein großer Teil der zeitlichen Arbeiterschaft, nach der „Frankf. Zeitung“, die Arbeit eingestellt.

In Sachsen nimmt man an, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird.

In Köln wurde am Donnerstag und am Freitag in einer Anzahl von Betrieben der Metallindustrie gestreikt. Da der Gouverneur alle Versammlungen verboten hatte, war eine geplante große Versammlung unter freiem Himmel nicht möglich, jedoch wurden die Versammlungen der Vertrauensleute weder verhindert noch auch nur polizeilich überwacht. Die Streikenden wählten einen Streikerausführer, in dem auch „Unabhängige“ vertreten waren. Die sieben Genossen wurden noch am Abend des ersten Streiktages von dem Regierungspräsidenten v. Staud und dem Oberbürgermeister Widenauer empfangen. Beide Herren diskutierten mit der Abordnung bis zum frühen Abend die Forderungen der Streikenden: Es ergab sich, zumal in den inneren Kreisen Fragen, weitgehende Übereinstimmung zwischen den genannten Beamten und den Streikenden, wenn die Herren auch den Streik entschieden verurteilten. Welche Herren sprachen sich fest und klar dahin aus, daß die Regierung bestimmt wissen sei, das gleiche Maßrecht mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen. Auf Einladung des Streikausfühlers erschien der Regierungspräsident am zweiten Streiktage in einer überfüllten Versammlung der Streikenden. Die Arbeiter hörten den Protesten der sehr vollstimmigen Reihe zu reden verstand, riefen an. Er gab auch in dieser Versammlung ein Festversprechen zu der nach seiner Meinung erstellten Forderung der Regierung. In manchen Punkten ergab sich zwischen Regierungspräsidenten und den Arbeitern Übereinstimmung. Der Präsident teilte mit, daß er die Forderungen der Streikenden sofort dem Reichskanzler, dem Minister des Innern und dem Oberpräsidenten übermitteln werde. Das gleiche tat der Oberbürgermeister, der wiederholte, daß die Berliner Regierung keine eigene Auffassung von der Notwendigkeit schärferer Reformen im Innern nicht vorenthalten zu wollen. Schon vor dem Eintreffen des Regierungspräsidenten in der Streikversammlung war gegen eine Minderheit die Wiederaufnahme der Arbeit am Sonnabend beschlossen. Das Verhalten des hohen Regierungsbeamten, der sozialer Forderungen für die Erwerbslos der Kölner Arbeiter offenbart, fand allgemeine Anerkennung.

In Frankfurt wurde die Arbeit am Sonnabend ebenfalls wieder aufgenommen.

Eine Versammlung der Streikenden in Würzburg beschloß gestern die Arbeit heute wieder aufzunehmen. Eine Kommission, in die alle Betriebe Vertreter entsandten, soll weiterhin für die Erfüllung der Forderungen, u. a. auch für die Freilassung der verhafteten Streikführer, bei der Regierung eintreten.

Das erste Urteil.

W.B. Berlin, 2. Febr. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin 3 zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Oehler Heinrich Schulze. Der Angeklagte hat am 29. Januar, vormittags 6 Uhr, am Bahnhof Reinickendorfer-Rohrsaal an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof verurteilte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen vorläufiger Verhinderung auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

Streik im Auslande.

Streikbewegung in Holland.

W.B. Amsterdam, 2. Februar. Der für Montag angekündigte Streik geht nicht von der Sozialdemokratischen Partei, sondern von der Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter aus. Das offizielle Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ verurteilt in einem Leitartikel diese Bewegung, die, wie das Blatt sagt, in der Hoffnung unternommen werde, eine Schreckensherrschaft herbeizuführen, die jede geordnete, demokratische Aktion unmöglich machen würde. Den Mitgliedern der großen sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde von ihren Führern abgeraten, an dem Streik teilzunehmen.

Kurzer Streik in Triest.

Triest, 3. Februar. (Meldung des Wiener T. u. Z. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die Werftarbeiter sowie die Arbeiter der größeren Fabriken sind in den Ausstand getreten. Später schlossen sich auch andere Arbeiterkategorien, darunter auch Seher, an. Eine Arbeiterabordnung übermittelte dem Statthalter die Wünsche der Arbeiterschaft, namentlich bezüglich des Friedens und der Verpflegung. Auf Grund der Antwort des Statthalters, der insbesondere auf die Erklärung des Grafen Czernin hinwies, besaß die Vertrauensmännerversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit, die heute erfolgte. Die Bewegung verlief in vollster Ruhe ohne Zwischenfall.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Montag, 4. Februar.

Der Buttermangel.

Es mir immer noch hinreichend Butter erzeugt, um eine allgemeine Verteilung weit über das bisherige Maß hinaus zu ermöglichen, wenn man den Mut und den Willen hätte,

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 4. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front Artilleriekämpfe, die sich namentlich in Flandern wesentlich zwischen dem Southouster-Wald und der Oys, sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerten. Westlich von Bellecourt schickte ein starker Erlundungsvorstoß der Engländer. An der Dillette nördlich von Bray drang die Franzosen vorübergehend in unsere Stellungen ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezouvoig 19 Gefangene aus dem französischen Graben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 französische Flugzeuge und 2 Fesselballons zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Gith und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Die Erfassung der gesamten Produktion und ihre gleichmäßige, gerechte Verteilung zu erzwingen. Mindestens ebensoviel und noch mehr Butter als zur allgemeinen Verteilung kommt, geht im Schleichhandel in den Verbrauch. Dieser beschränkt sich war auf bestimmte Kreise, denen der Preis der Schleichhandelsbutter gleichgültig ist, er hat dort aber einen Umfang, der ganz ungeheuerlich ist. In Hotels, sogenannten „vornehmen“ Speisehäusern und zahlreichen Familien wird geradezu Verschwendung mit Butter getrieben. Dort hat man sich im Buttergenuss während des Krieges noch nicht die geringste Beschränkung auferlegt, trotz der bitteren Not im Volke. Würde man diesem Treiben einen Riegel vorsetzen, dann wäre schon viel gewonnen. Nicht nur 70 Gramm Butter für die Person könnten regelmäßig ohne jede Schwierigkeit verteilt werden, sondern ganz sicher bedeutend mehr. Es liegt nämlich nur an dem Mut und Willen dazu. Warum führt man nicht allgemein die wohlberedelten Vorschläge der Kreisfiskelle Hameln durch, die auf Grund des gegenwärtigen Viehstandes eine rationelle Verteilung von 170 Gramm Butter und 100 Gramm Käse unbedingt verbürgen, und das sogar bei einer täglichen Milchabgabe von vier Litern Milch von jeder Kuh, während in Wirklichkeit diese Milchabgabemöglichkeit leicht auf mindestens sechs Liter bestimmt werden könnte. Würden die Vorschläge der Kreisfiskelle Hameln allgemein eingeführt, dann würde ohne Zweifel sogar ein halbes Pfund Butter an jede Person wünschenswert verteilt werden können.

Überdies, man würde viele Leute vor den Kopf stoßen. Einmal die Landwirte, die heute viel zu viel Milch zurückhalten und damit Verschwendung treiben und Schleichhandel mit Butter fördern. Wie sehr, das kann nur der Verbraucher, der Einblick in die landwirtschaftlichen Betriebe tut. Uns ist z. B. ein Fall bekannt, in dem ein Landwirt bisher nur höchstens 1 Pfund pro Woche abließerte. Nach Prüfung der Verhältnisse muß er jetzt 10 Pfund abliefern, ohne daß er dabei zu kurz kommt. Solche Zustände sind keine Ausnahme, sondern bestehen mehr oder weniger fast für Hof und Gut für Gut. Zum andern würde man jene lächerlichen Kreise vor den Kopf stoßen, die heute Butter im Übermaß verschleudern. Man beschuldigt oder verkleinert das nicht. Es handelt sich dabei um ganz erstaunliche Mengen. Jeder weiß es auch aus den Kreisen seiner Verwandten und Bekannten. Es wird ja kein Hehl daraus gemacht.

Man dürfte sich also nicht scheuen, nach beiden Richtungen hin vorzugehen, um dem heimlichen Butterverbrauch mit allen Mitteln ein Ende zu bereiten. Geschickt das in Verbindung mit den Vorschlägen der Kreisfiskelle Hameln, dann würden wir über heute unvorstellbare Buttermengen für die allgemeine Verteilung verfügen. Was man gegen die Vorschläge der Kreisfiskelle bisher geltend gemacht hat, sind nur sadenfeindliche Gründe, um eben das gegenwärtige Erbarmen nicht preisgeben, an dessen Erhaltung nur bevorzugter Eigenmut ein Interesse hat.

Die bürgerliche Presse Lübecks, und insbesondere das „Amtsblatt“ haben in den letzten Tagen schwere Vorwürfe gegen die „Streiker“ — wie sich das Amtsblatt auszudrücken beliebt — und freizeil gegen die sozialdemokratische Partei, die offen oder versteckt als Urheberin des Streiks bezeichnet worden ist, erhoben. Wir können und wollen hierauf nicht näher eingehen. Nur in bezug auf die Haltung der Partei sei folgendes mit aller Deutlichkeit festgestellt:

Wir stehen zu den Arbeitern, und in schweren Zeiten stehen wir erst recht zu ihnen.

Ob wir diese Bewegung und ob wir sie im gegenwärtigen Augenblick gewünscht haben, steht nicht zur Debatte. Tatsache ist, daß sie aus Ursachen, um deren Beseitigung wir uns vergeblich bemüht haben, ohne Zutun der sozialdemokratischen Partei entstanden ist.

Nachdem es soweit gekommen war, hat die sozialdemokratische Partei nach dem alten Grundsatze gehandelt, daß man eine solche Bewegung nicht sich selbst überlassen dürfe. Sie ist in sie eingetreten in der Absicht, sie in geordnete Bahnen zu leiten und so rasch wie möglich zu einem Ergebnis zu bringen, das der allgemeinen Sache des Volkes nützlich ist.

Nachdem dieser Versuch gescheitert ist, bleibt kein weiterer „Vorwurf“ gegen die sozialdemokratische Partei bestehen als der, daß sie in schwerster Zeit von den Arbeitern, ihren Klassenangehörigen und Brüdern, sich nicht getrennt hat. Diesen Vorwurf wird sie erhebenes Hauptes tragen, unbestimmt um das Gefühl, das in den „Lübeckischen Anzeigen“ und anderen bürgerlichen Blättern erhoben wird.

Die Vaterlandspartei doch ein politischer Verein.

Bekanntlich ist von den Gründern der Vaterlandspartei im Reich und auch in Lübeck immer behauptet worden, die Vaterlandspartei sei kein politischer Verein. Jetzt haben die maßgebenden amtlichen Stellen in Preußen, Bayern und Sachsen erklärt, daß die Deutsche Vaterlandspartei ein politischer Verein anzusehen und demgemäß zu behandeln sei.

Da die Leitung der Vaterlandspartei ihren Mitarbeitern — die unter der unwahren Angabe, es handle sich nicht um eine politische Partei, eingefangen worden sind — diese Tatsache ebenfalls vorenthalten wird, bringen wir sie hiermit zur Kenntnis der hiesigen Mitglieder der Vaterlandspartei.

Freie Jugend Lübeck. Monatsprogramm für Februar 1918:

- Freitag, den 1. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 3. Februar: Monatsbesprechung.
- Dienstag, den 5. Februar: Diskussionsabend für die Arbeitskommission.
- Mittwoch, den 6. Februar: Vortrag von Hl. M. Köhler: Friedrich Hebbel.
- Donnerstag, 7. Februar: Reigenabend.
- Freitag, den 8. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 10. Februar: Eine Wanderung nach dem Hafenmeister Lannen. Abmarsch 2 1/2 Uhr von der Bürgerbrücke.

- Mittwoch, den 13. Februar: Lichtbildvortrag von Karl Lehmann: Der Steinkohlenbergbau.
- Donnerstag, den 14. Februar: Wanderkommission.
- Freitag, den 15. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 17. Februar: Allgemeine Unterhaltung.
- Mittwoch, den 20. Februar: Vortrag des Genossen J. C.: Die Grundlagen der Ethik.
- Donnerstag, den 21. Februar: Arbeitskommission.
- Freitag, den 22. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, 24. Februar: Monatsbesprechung.
- Mittwoch, 27. Februar: Vortrag des Genossen S. Haack: Aus der Jugendbewegung.
- Donnerstag, den 28. Februar: Reigenabend.

Was, wenn es doch immer so bliebe!

In dieser Woche gibt es nach der Bekanntmachung des Polizeiamtes — die sonderbarerweise seit zwei Wochen in unserem Blatte erst am Montag nachmittags veröffentlicht wird, während die Morgenzeitungen sie bereits am Sonntag morgen bringen — 125 Gramm Marmelade und 250 Gramm Rübenlakt. Es geht also auch in Lübeck, daß mehr Aufstrichmittel verteilt werden können. Hoffentlich handelt es sich hier nicht nur um eine „vorübergehende Erleichterung“, sondern blüht während der aufstricharmen Zeit des Krieges so!

Wo bleibt der Gewinn?

In einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Verden an der Aller führte der Geschäftsführer Brockhaus (Hannover) folgendes aus:

„Die Schaffhalter bekamen in Friedenszeiten für ein Pfund Rindensmolle 3 Mark, die bearbeitende Industrie schlug 2 Mark für ihre Arbeit auf, so daß das Pfund Wolle 5 Mark kostete. Jetzt bekommt der Schaffhalter für dieselbe Menge Rindensmolle 3,50 Mark, das Pfund Wolle kostet aber 45 Mark und darüber.“

Die ungeheuren Preisausschläge in Manufakturwaren sind schon seit langem ein Stein des Anstoßes. Hier wird nun dargelegt, daß nicht die Erzeuger der Rohprodukte die sind, welche die enormen Gewinne einstreifen. Aber wer ist es denn, in dessen Taschen die Summen fließen? Da die Wolle wie die meisten anderen Waren durch die vom Staate eingesehnen Gesellschaften bewirtschaftet wird, so muß von der Regierung Aufklärung verlangt werden, wo die Gewinne bleiben. Ferner muß verlangt werden, daß der Preistreiber und dem Wucher endlich ein Damm entgegengesetzt wird. Die Not des Volkes verlangt geordnete Zustände!

Getreideschleichhandel im Kleinen und seine Bekämpfung. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Um dem freßenden Uebel des Schleichhandels zu steuern, hat das Kriegsernährungsamt jüngst ein scharfes und rücksichtsloses Vorgehen angekündigt. Da erscheint es angebracht, auf einen neuerdings sich mehr und mehr ausbreitenden Mißstand hinzuweisen, nämlich auf das Einhandeln kleinerer Mengen Getreide unmittelbar vom Erzeuger. Es mag sein, daß bei diesem Mißbrauch vielfach Gedanklosigkeit, Unüberlegtheit oder Leidenschaft obwaltet. Das aber schließt die Betreffenden keineswegs vor der Strafe, die auf solches Vergehen gesetzt ist. Das gesamte im Reiche angebaute Getreide ist mit der Trennung vom Boden beschlagnahmt, und ist, soweit es nicht dem Selbstverbraucher (Landwirt) zusteht, oder an den selbstwirtschaftenden Kommunalverband zu liefern ist, an die AG. abzuführen, die in dieser schweren Zeit auch das letzte Körnchen heranziehen muß, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Nach § 79 der Bundesratsverordnung vom 21. 6. 1917 kann ein Verstoß gegen diese Vorschriften mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit schweren Geldstrafen geahndet werden. Man bedenke, wie sich die Dinge entwickeln würden, wenn jeder Städter auch nur ein halbes Pfund aus dem Brotbackergang am Ende sein, und die Feinde würden triumphieren! Wer aus diesen Punkten patriotischer Empfinden hat, muß sich darüber klar sein, daß hier ein Uebelstand vorliegt, gegen den nicht energig genug vorgegangen werden kann. Wie wir hören, wird denn auch erzwungen, bei gleichzeitiger Verschärfung der Kontrolle an den Bahnhöfen, Landstraßen usw. gegen diese Art des Schleichhandels mit den strengsten Maßregeln vorzugehen. Die so Abgefahnen setzen sich, wie gesagt, der Gefahr schwerer Bestrafung aus.

Der Nebel will nicht weichen. Die Umwelt ist noch immer ein weißgraues Raub. Menschen, Tiere und Wagen stehen durch den Nebel wie dunkle Säulen. Einen Ausblick gibt es noch nicht. Solch dichten und dauerhaften Nebel dürften die „ältesten Leute“ wirklich noch nicht erlebt haben. Die Ursache des Nebels liegt vor allem darin, daß sich in der Luft ein für diese Jahreszeit außerordentlich hoher Prozentsatz von Wasserdampf gebildet hat. Während der Himmel in der oberen Schicht wolkenlos und ganz heiter ist, hat sich die untere Wolkenschicht fast abgekühlt. Der größere Teil des Wasserdampfes mußte sich in flüchtiger Form auflösen und bildet den Nebel. Eine merkliche Erhöhung des Nebels ist auch die verdickeneartige Lufttemperatur. Während 2 Meter über dem Boden zeitweilig 2 Grad Kälte gemessen wurde, konnte in Dachhöhe eine Temperatur von + 1 Grad festgestellt werden.

Postkassenverkehr. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben mit aller Dringlichkeit dargetan, daß der Umlauf an Postkassen und sonstigen Zahlungsmitteln auf das geringste Maß beschränkt und der bargeldlose Zahlungsausgleich in weitem Maße gefördert werden muß. Dielem Ziele dient auch der Postkassenverkehr, der zugleich das Zahlungswesen vereinfacht, vereinfacht und beschleunigt. Im Deutschen Reich nehmen jetzt gegen 100 000 Kunden am Postkassenverkehr teil. Der Teilnehmerkreis ist aber noch viel zu klein. Erst wenn die Beteiligung sehr groß ist, kann sich der bargeldlose Ueberweisungsverkehr, dessen Pflege die Hauptaufgabe des Postkassenwesens bilden, recht entfalten. Die Höhe der Stammeinlage, die früher manchen vor dem Beitritt zurückhalten hat, kann jetzt kein Hindernis mehr sein; denn sie ist auf 25 Mk. herabgesetzt worden, einen Betrag, der bei den niedrigen Gehältern schon bald durch Sparvorsparnis wieder aufgebracht wird. In den nächsten Tagen werden die Briefkästen ein Markt über den Postkassenverkehr nicht Bordinum zum Antrag auf Eröffnung eines Postkassenkontos verteilten. Allen denen, die dem Postkassenverkehr noch fernstehen, bietet sich hier eine bequeme Gelegenheit, sich ein Postkassenkonto eröffnen zu lassen.

Warnung. Vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird uns gefarrieben: Bereits vor einiger Zeit ist in der Presse sowie auch seitens unseres Verbandes dringend vor einer Geschäftsverbindung mit der Firma Hollandische Commerciale Bank (Holländische Handelsbank) in Amsterdam gewarnt worden. Da die Firma jedoch bis in die letzte Zeit, und zwar teilweise mit Erfolg, bemüht gewesen ist, Geschäftsverbindungen in Deutschland anzuknüpfen, so erscheint es geboten, diese Warnung aufs eindringlichste zu wiederholen. In ihrer Begründung genügt der Hinweis, daß der in Deutschland hinfällig bekannte Herr Hugo Loewy Leiter des Unternehmens ist.

Kriegsschiffen. Im Januar wurden 101 267 Bortionen Eisen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Mittageisen (31 Tage) von 66 866 Bortionen 1828, für Abendlohn an 26 Tagen von 44 601 Bortionen 1 716, zusammen 3 543 Bortionen.

pb. Erbrochener Schanzen. Aus einem Schanzen in der Dolkenstraße sind in verfloßener Nacht 30 Paar Handschuhe gestohlen worden.

pb. Ermittelte Eisenbahn Diebstahl. Ermittelt wurden mehrere hiesige arbeitslose Arbeiter und ein 14jähriger Schulknabe, die in letzter Zeit mehrere Eisenbahn-Diebstahl ausgeführt hatten. Unter anderem war ihnen Kobdenfeld, Wein und Osterlohn in die Hände gefallen. Einen großen Teil der Diebstahlsverkäufe hat bei einer erst kürzlich wegen Diebstahl zum Diebstahl zu 3 Monaten Gefängnis verurteilten Zigarrenhändler in der Engelstraße für 66 000 Mark. Letztere wurde wegen Diebstahl festgenommen. Die jugendlichen Diebe hatten, um an die Beute heranzukommen, die Eisenbahnwagen erbrochen.

Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Am 28. Januar lief schon am frühen Morgen die Nachricht bei uns ein, daß in zahlreichen Berliner Betrieben die Arbeit niedergelegt worden sei. Es erschienen dann in schneller Folge Arbeiterdeputationen von Mitgliedern unserer Partei aus vielen Betrieben bei uns, die uns über die schnell um sich greifende Bewegung informierten und die Bitte aussprachen, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Vertreter in die Streikleitung entsenden möge; das sei zweifellos für den guten Verlauf des Streiks, der auch nach ihrer Überzeugung notwendig sei, von der größten Wichtigkeit.

Wir entgegneten, daß der Streik ohne irgend welches Zutun der Partei oder der Gewerkschaften entstanden sei. Die Arbeiter der vom Streik betroffenen Betriebe hätten bereits Delegierte entsandt, die sich zu einem „Arbeiterrat“ konstituiert hätten, der bereits eine Streikleitung gewählt und bestimmte politische Forderungen aufgestellt habe. Angesichts dieser Tatsachen könne uns niemand zumuten, nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen.

Die Frage der Arbeiter, ob wir eine Delegation in die Streikleitung zu entsenden bereit sein würden, wenn die Delegiertenversammlung der Streikenden selbst darum ersuche, wurde nach eingehender Aussprache bejaht.

Daraufhin ging eine Kommission der bei uns vorstellig gewordenen Arbeitervertreter in die gerade tagende Versammlung der Delegierten, um zu beantragen, daß Vertreter der S. P. in die Streikleitung eintreten sollten. Noch ehe sie ihren Antrag einbringen konnten, war bereits ein ähnlicher Antrag debattiert und mit 196 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden. Die geringe Stimmdifferenz und der neue Antrag veranlaßten die Delegiertenversammlung, die Debatte von neuem aufzunehmen. Gen. Wuschel begründete den Antrag in sachlicher Weise und fügte hinzu, daß der Parteivorstand bereit sein werde, eine Vertretung in die Streikleitung zu entsenden, falls die Versammlung entsprechend beschliesse. Der Abg. Ledebour bekämpfte den Antrag in heftiger Weise. Nach den beiden Reden wurde die Debatte geschlossen. Die Abstimmung ergab nunmehr ca. 360 Stimmen für und nur etwa 40 gegen den Antrag.

Wir stimmten dem Beschluß zu. In das Aktionskomitee der Delegiertenversammlung traten nun zu den bereits gewählten elf Arbeiterdelegierten und den drei Abgeordneten Dittmann, Haase und Ledebour drei Mitglieder der Parteivorstandes: Braun, Ebert und Scheidemann. Der Eintritt erfolgte unter der den Arbeiterdelegierten unserer Partei gegenüber ausgesprochenen Voraussetzung, daß das Aktionskomitee entsprechend der mittlerweile erfolgten großen Ausdehnung des Streiks erweitert bzw. umgestaltet und eine nochmalige Beratung der bereits aufgestellten Forderungen ermöglicht werden.

Im Laufe des 29. Januar wurden alle Versammlungen, auch die der Delegierten der ausständigen Arbeiter verboten. Das Aktionskomitee befaßte sich infolgedessen nach dem Ein-

tritt unserer drei Genossen, die zu den bereits aufgestellten Forderungen weder in sachlicher noch in formeller Beziehung irgendwie hatten Stellung nehmen können, sofort mit der Frage, wie eine Versammlung der Vertreter der streikenden Arbeiter zu ermöglichen sei. Scheidemann wurde beauftragt, bei dem Herrn Staatssekretär des Innern, Wallraf, telefonisch um eine Unterredung zu ersuchen, in der man sich über das Versammlungsverbot und das Versammlungsrecht zu unterhalten wünschte, um den streikenden Arbeitern schnellstens die Möglichkeit zu verschaffen, Stellung zur gesamten Situation zu nehmen und Beschlüsse zu fassen. Scheidemann sollte dem Staatssekretär mitteilen, daß die zu ihm zu entsendende Delegation aus je zwei Abgeordneten der beiden Fraktionen und fünf Arbeitern des Aktionskomitees bestehen sollte. Herr Wallraf antwortete telefonisch, daß er wohl die Abgeordneten zu empfangen bereit sei, nicht aber die Arbeiter aus dem Streikkomitee. Scheidemann widersprach dieser Auffassung, erklärte sich aber bereit, dem Aktionskomitee davon Kenntnis zu geben und erwirkte das Einverständnis des Herrn Staatssekretärs, daß dieser sich für 12 Uhr mittags auf jeden Fall zu einer Aussprache bereit halten wolle, gleichviel, ob eine Unterredung zustandekomme oder nicht.

Das Aktionskomitee lehnte es ab, die Arbeiter ausschalten zu lassen, ließ aber dem Staatssekretär erneut sagen, daß um 12 Uhr zwei Abgeordnete (Haase und Scheidemann), sowie zwei Arbeiter zu ihm kommen würden um ihm lediglich Mitteilungen über das Versammlungsverbot zu machen.

Herr Wallraf erklärte sich, als die Deputation im Reichsamt des Innern erschien, bereit, die Abgeordneten zu empfangen, blieb aber den Arbeitern gegenüber bei seiner Ablehnung. Er übertrug seine Stellungnahme auch nicht, nachdem ihm durch einen Ministerialdirektor, der als Mittelsperson fungierte, noch einmal ausdrücklich gesagt worden war, daß die Deputation mit ihm nicht über politische Fragen verhandeln, sondern nur Mitteilungen der bereits erwähnten Art zu machen wünsche. Die beiden Abgeordneten erklärten sich nicht bereit, mit dem Staatssekretär ohne Hinzuziehung der Arbeiter zu verhandeln.

Durch das Oberkommando der Marine wurde dann auch den Mitgliedern des Aktionskomitees jede mit dem Streik im Zusammenhang stehende Tätigkeit unter Androhung der in Betracht kommenden Strafen verboten.

Der Streik nahm erheblich zu. Die streikenden Arbeiter konnten sich jedoch nirgends versammeln; der „Vorwärts“ wurde verboten. Am 31. Januar kam es auf Straßen und Plätzen zu Ansammlungen. Im Laufe des 31. Januar fand im Anschluß an eine Unterredung über Wirtschaftsfragen mit dem Staatssekretär von Stein eine Aussprache zwischen dem Reichsanzler und den Abgeordneten Schmidt und Bauer-Breslau statt, um eine Basis zu suchen, auf der Verhandlungen stattfinden könnten. Der Reichsanzler erklärte sich zu Verhandlungen bereit, wenn außer den Abgeordneten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Generalkommission als Vertreterin der Gewerkschaften beteiligt werde. Es könnten dann auch noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter deren Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Streik nicht nachgeprüft werden sollte, an den Verhandlungen teilnehmen.

Es muß betont werden, daß die Generalkommission der Gewerkschaften ihre Neutralität gegenüber der Streikbewegung öffentlich erklärt hatte, da es sich offensichtlich um einen politischen Streik handelte. Einige Abgeordnete der beiden sozialdemokratischen Fraktionen besprachen die gemachten Vorschläge und kamen zu der Entschlieung, dem Reichsanzler zunächst folgendes Telegramm zu senden:

„Unterzeichnete Abgeordnete und fünf Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen, die von den Streikenden als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet worden sind, ersuchen, empfangen zu werden, zunächst zur Erörterung des Versammlungsrechtes. Antwort an Abg. Ebert und Ledebour.“

Obert. Haase, Ledebour, Scheidemann.

Nachdem dieser Vorschlag abgelehnt war, verständigten sich die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei dahin, dem Reichsanzler nunmehr vorzuschlagen, einer Verhandlungskommission in folgender Zusammenetzung zuzustimmen: Haase und Ledebour, Ebert und Bauer, sowie drei gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Nach diesem Vorschlag wäre zwar die Generalkommission nicht offiziell, aber doch durch einen ihrer Vorsitzenden, der als sozialdemokratischer Abgeordneter an Stelle Scheidemanns eintreten sollte, vertreten gewesen. Nach diesem Vorschlag hat der Reichsanzler nach mehrmaligen Verhandlungen abgelehnt, weil er darauf bestand, daß die Generalkommission der Gewerkschaften offiziell bei den Verhandlungen vertreten sei. Die Kommission so zusammengesetzt, wie der Reichsanzler wünschte, hat die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abgelehnt.

Unsere Bemühungen, Verhandlungen herbeizuführen, sind demnach gescheitert. Eine Entscheidung der Delegiertenversammlung der streikenden Arbeiter über die Zusammenetzung einer Verhandlungskommission läßt sich wegen des Verbots aller Versammlungen nicht herbeiführen.

Berlin, den 1. Februar 1918.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Die Gewerkschaftsvorstände zu den Streiks.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zum 1. Februar nach Berlin einberufen. Die Konferenz beschäftigte sich mit den gegenwärtigen Streiks und nahm als Ergebnis ihrer Beratungen folgende Entschlieung an:

„Die Vertreter der Gewerkschaften haben einstimmig die Auffassung, daß für die jetzigen politischen Streiks in erster Linie die innerpolitischen Verhältnisse und die Haltung der Regierung verantwortlich zu machen sind.“

Die Gewerkschaften stehen diesen Streiks fern, ihre Leitungen sind an ihnen in keiner Weise beteiligt. Wohl aber sind von den Gewerkschaftsleitungen die entscheidenden Stellen im Reich seit Monaten mündlich und schriftlich ersucht worden, die Ursachen zu beseitigen, welche die steigende Erörterung der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen haben. Weder haben diese Warnungen keine genügende Beachtung gefunden.“

Die Anordnungen des Stellvertretenden Generalkommandos, die der Arbeiterkraft die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes beschränken oder völlig unmöglich machen, sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse verhindern, sind nicht gemildert, sondern zum Teil verschärft worden.“

Die Enttäuschung der Bevölkerung ist, entgegen den Wünschen der Gewerkschaften, in einer Weise gereizt worden, die den Schleichhandel und Lebensmittelwucher ermöglicht und die Produkte nicht bei dem Erzeuger erfährt. Die unzureichende Ernäh-

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

14. Fortsetzung.

Das ließ ich mir denn auch nicht zweimal sagen und erzählte all die kleinen freundschaftlichen Renouvoirs mit Barbara, in die ich durch Janni, durch Philipp, durch die krampfällende Medizin und durch Doktor Burbus verwickelt worden. Daß ich die Farben etwas stark auftrug, kann man sich leicht denken und damit entstand ein so grelles Bild von Charakter der bösen Jungfer, daß die Großmutter ernsthaft den Kopf schüttelte und meine Tante, die unterdessen auch eingetreten war, mehermal sagte: „Ah, das ist stark! das ist sehr stark!“ Aber die Schmiebin erst — die lasse und meinte durcheinander; jetzt erpreßte ihr mein trauriges Schicksal die herben Tränen, und gleich darauf triumphierte sie, daß sie sich in Jungfer Barbara nicht geirrt. Ich ermangete auch nicht mit einzusetzen, daß ich im Geschäft des Herrn Reichmehl so gut wie gar nichts lerne, daß nichts anderes vorkomme, als Kaffee und Zucker wiegen uß. „Und deshalb“ schloß ich meine Klage, „will ich ebenso gern Schneider werden, als noch länger im Hause dort bleiben, wo es ohnehin so unheimlich ist, daß man nicht anders glauben kann, als es müße ein Geist umgehen.“

Für diese letzte Äußerung warf mir die Schmiebin einen sehr dankbaren Blick zu; sie nahm meine Verteidigung mit einer Jungensfertigkeit auf und unterstützte meinen Wunsch, das Reichmehlsche Haus zu verlassen, mit so triftigen Gründen, daß sich am Ende Großmutter und Tante bestimmen ließen, vorläufig ihre Einwilligung zu geben, wenn nämlich der Vormund nichts dambider habe. — Wer war glücklicher als ich, daß dieser Sturm so gut vorübergegangen war! Während des Nachtessens wurde ich so led, daß ich, allerdings vorsichtig, anfang von der Sceletgeschichte zu erzählen, was die ganze weibliche Gesellschaft, die mir aufmerksam zuhörte, so ergötzte, daß sie, einschließlic meiner Großmutter, kaum aufsprachen. Im Eifer des Gesprächs war es spät geworden, und nachdem mir meine Großmutter fest verprochen, gleich morgen früh dem Vormund zu schreiben und so meine Lösung aus den Reichmehlschen Banden zu erlangen, stand ich auf, um mich zu empfehlen.

11.

Das heimliche Gericht.

Es war hohe Zeit, daß ich mich nach Hause verfügte; die Uhren schlugen alle die erste Stunde, und wenn ich auch so genau nachzählte, es hatte sich keine getrrt. Der Himmel, der abends bewölkt gewesen, hatte sich aufgeklärt, aber es war um so kälter geworden, und es froh still vor sich hin. Die Wasserläden an der Straße waren mit einer dünnen Eisdede überzogen und knarnten unter meinen Fußtritten. Aus den Wirtshäusern kamen zahlreiche Gäste, da mit der Polizeistunde die Lichter gelöscht werden mußten, und nur in großen Gasthöfen und geschlossenen Gesellschaften war alles noch munter und lebhaft. Ich kam aus den

wo wir wohnten; da gewahrte ich plötzlich auf einer Seite der Häuser fünf bis sechs Leute, die leise zusammen lachten und mit etwas beschäftigt schienen. Was mochte es sein? Als ich genauer hinsah, bemerkte ich, daß sie vor einer großen Kuhwarenhandlung standen. Einer trug auf der Schulter ein langes Brett und ein anderer schwang sich auf die Fensterbrüstung, nahm dem ersten das Brett ab und befestigte es oberhalb der Tür, was alles in weniger als einer Minute geschehen war. Dann traten sie vor das Haus hin und betrachteten mit unterdrücktem Gelächter ihr Werk. Gar zu gern hätte ich gewußt, was die Leute eigentlich machten, und ich blieb nicht nur stehen, sondern trat einen Schritt näher. Auf einmal wurde mich einer gewahr und alsbald kamen ihrer zwei auf mich zu, die in Manieren und Aussehen überraschende Ähnlichkeit mit meinem Freunde, dem Doktor Burbus hatten. Sie geriet in einen Wortwechsel mit ihnen. Eben hatte mir einer die Mütze vom Kopfe gerissen, als auch die anderen, die bisher im Schatten des Hauses geblieben waren, in die Mitte der Straße eilten, und es wäre mir vielleicht schiefst ergangen, wenn nicht plötzlich eine wohlbelannte Bassstimme die Worte ausgerufen hätte: „Ei, ei, das ist ja mein Freund Patient! Ladenjüngling, woher des Weges?“

Ich war hoch erfreut, den Doktor hier zu sehen, und befragte mich über das Benehmen seiner Kameraden. Der Doktor gab mir halb und halb recht; er stellte mich der ganzen Gesellschaft vor und verbürgte sich für meine gute Aufführung, worauf mir erlaubt wurde, mitzugehen und fernerhin am großartigen „Mffen“ teilzunehmen. Dieses Wort war mir ganz fremd. Um mir einen Begriff davon zu geben, führte mich der Doktor an das Haus, vor dem ich die Gesellschaft gefunden, und ich sah nun, daß die Herren neben dem Schild mit der Aufschrift „Kuhwarenhandlung“ ein anderes hingepflanzt hatten, auf dem zu lesen stand: „Süßwasserkehrst, privilegierte Behamme.“ — Was aber das fernere Mffen betraf, so hatte der Himmel ein Einsehen; dicke Wolken, die per Wind auf einmal über unseren Häuptern zusammengeweht hatte, legten sich ins Mittel und sandten ein mit Regen vermischtes Schmegegels über herab, das den Aufenthalt auf den Straßen sehr unangenehm machte, weshalb beschloffen wurde, ruhig nach Hause zu gehen und allenfalls mitzunehmen, was sich von selbst darbote.

So kam ich mit dieser Gesellschaft lustiger Brüder in die Gegend des Reichmehlschen Hauses, und meine Sejnorgnis, wie ich zu so später Stunde ins Haus kommen sollte, war nicht gering. Als wir beim Hause vorbeikamen, hörten wir plötzlich zu den Füßen des steinernen Kerks ein heiseres Gellen, worauf der Doktor eilig mit der Hand hinwies, sie aber hastig zurückzog, indem er versicherte, es habe ihn etwas in die Finger gebissen. Jetzt wurde die Sache genauer untersucht, und da fand es sich denn, daß es Janni war, unser alter, feister Mops, der wer weiß durch welche Lücke des Schicksals ausgeschlossen war, um die Nacht hier in Schnee und Regen zu verbringen. Häßliche Jungfer Barbara auf ihrem weichen Lager das schreckliche Gesicht ihres Liebings gewahrt, sie hatte kein Auge gesehen, und erst Philipp! ich war

überzeugt, kein Schlaf wurde von schaurigen Ahnungen durchzogen. Was den Prinzipal betraf, so setzte ich bestimmt voraus, er sei noch nicht zu Hause; er müßte das Kammergeschrei des Hundes so gut wie wir gehört und den Viebling mit hereingenommen haben.

Unterdessen hatte der Doktor aus seinem Schnupftuch eine Schlinge gemacht, hatte sie dem Hunde um den Hals geworfen und zerrte ihn hervor. Vergebens hat ich, seiner zu schonen; der Doktor erzählte den anderen, wie ich eigentlich um dieses Hundes willen die Gnuß des Prinzipals verschert habe; ferner trug er vor, dieser feiste Mops sei der Viebling seiner beiden Tofeinde, der Jungfer Barbara und Philipps, und er müße exemplarisch geächtet werden für die Frechheit, abends so spät aus dem Hause zu gehen. Darauf hielt die Gesellschaft einen kurzen Kriegsrat und der arme Janni wurde förmlich das Todesurteil gesprochen. Nur konnte man sich nicht gleich über die Todesart einigen. Der Doktor wollte den Hund mit nach Hause nehmen, um zum Besten der Menschheit, wie er sich ausdrückte, interessante Versuche mit Blausäure an ihm zu machen, wogegen sich aber ein Jurist heftig aussprach, indem er behauptete, Hinrichtungen mittels Gift seien gänzlich aus der Mode gekommen und er stimme vielmehr dafür, daß Delinquentin gehängt werde.

Da diese Ansicht des Juristen den anderen einleuchtete und Doktor Burbus sich überstimmt sah, so dat er sich entschlossen aus, daß Janni am feinsternen Soldaten rechenkt werde; auch hiergegen protestierten die anderen als eine Verletzung des Respekts gegen den alten gebietenden Kriegsmann. Als aber einer im Übermut rief: „A la lanterne!“ brüllten die anderen dieses schreckliche Wort nach, und zwei machten sich gleich daran, den Laternenkasten aufzubrechen und den Strick zu lösen, worauf die brennende Straßenlaterne langsam und feterlich herabstwebte.

Sowelt hatte ich die Verhandlungen kommen lassen, aber in diesem entscheidenden Augenblick sprang ich dazwischen, ergriff den Hund bei einem Bein und erklärte angesichts des schauerlich leuchtenden Galgens, daß ich den Tod des Hundes nimmermehr zugeben würde. Ich sprach eilig und lange verwirrtes Zeug durcheinander und weiß mich nur noch zu erinnern, daß ich unter anderem sagte, ich werde nötigenfalls laut schreien und die Polizei zu Hilfe rufen. Diese letzte Drohung schien zu wirken. Zuerst trat Doktor Burbus lächelnd auf meine Seite, indem er erklärte, er wolle sich eine andere Strafe gefallen lassen, aber Zuchtigung müße stattfinden. Nach und nach traten ihm die anderen bei, bis auf den Juristen, der hartnäckig behauptete, es seie selbst dem Gerichtshofe nicht zu, die einmal ausgesprochene Todesstrafe willkürlich in eine andere zu verwandeln. Er wurde aber überstimmt, und als ich der Doktor vorschlug, man solle das Licht in der Straßenlaterne auslöschten, den Hund lebendig einsperren und dann die ganze Maschine wieder hinaufziehen, wurde dies mit Jubel angenommen und sogleich ausgeführt. Janni wurde, nachdem die Lampe ausgeblasen worden, in die sehr geräumige Laterne eingeschlossen, in die Höhe gezogen und ihrem Schicksal überlassen.

